

Rede von IHK-Präsident Dr. Dornseifer zum Thema „Lage und Perspektiven der Saarwirtschaft“ beim CDU-Wirtschaftsrat am 29. Oktober 2018

Sehr geehrter Herr Holzhauer,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ihre Einladung, heute mit Ihnen über die Saarwirtschaft zu sprechen, habe ich sehr gerne angenommen. Auch deshalb, weil ich das Credo Ihrer Vereinigung sehr schätze. Denn wenn ich richtig informiert bin, bezeichnet sich der Wirtschaftsrat als **eine Stimme der Sozialen Marktwirtschaft** in Deutschland.

Davon braucht es mehr und zwar dringend. Denn seit ihrer Einführung vor genau siebenzig Jahren steht die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland heute mehr denn je in der Defensive. Das, was seit Jahrzehnten die Stärke der Bundesrepublik Deutschland ausmacht – gesellschaftliche und ökonomische Stabilität – das müssen wir uns bewahren und verteidigen. Herr Holzhauer, ich weiß, dass Sie und Ihre Mitstreiter hier das genauso sehen wie ich. Und dafür danke ich Ihnen!

Nun aber zum eigentlichen Thema – zur Lage und zu den Perspektiven der Saarwirtschaft. Das Saarland, meine Damen und Herren, steht für uns alle zwar an erster Stelle. Doch in unserem globalen und föderalen Ordnungsrahmen müssen Analyse und Handlungsempfehlungen immer auch die Weltwirtschaft, Europa und den Bund miteinschließen. Insofern blicken wir heute quasi von außen nach innen. Von der globalen Ebene über Europa und Deutschland auf das Saarland. Auf eine Region, die sich nach den schweren Anpassungskrisen in der Montanindustrie zu einem erfolgreichen Auto- und Technologieland gewandelt hat. Inzwischen haben wir nach Baden-Württemberg den höchsten Industrie- und Exportanteil in Deutschland. Das ist immer dann ein Vorteil, wenn die Weltwirtschaft wächst.

2017 das der Fall. Davon profitierte der saarländische **Außenhandel**. Er hat im vergangenen Jahr kräftig zugelegt. Unsere Exporte wuchsen gegenüber dem Vorjahr um acht Prozent auf rund 17 Milliarden Euro. Dabei sind vor allem die Ausfuhren in die größeren Länder der Eurozone merklich gestiegen. Im Ergebnis ist es also vor allem dem

Export zu verdanken, dass wir 2017 beim **Wirtschaftswachstum** mit 1,2 Prozent wieder ein positives Ergebnis erzielt haben.

Für 2018 sehen die Aussichten leider weniger erfreulich aus. In den ersten sechs Monaten ist die Saarwirtschaft nur um 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gewachsen. Ursächlich dafür war, dass die Impulse aus dem Ausland angesichts der Eintrübung des außenwirtschaftlichen Umfeldes nachgelassen haben. Dies hat mehrere Gründe:

- Erstens belastet der Handelskonflikt zwischen den USA und China die Geschäfte. Die Zölle stellen Investitionsvorhaben und Zulieferketten in Frage.
- Zweitens die Währungskrise in der Türkei, die sich zwischenzeitlich zu einer Schwellenländerkrise ausgeweitet hat. Die massive Abwertung der Lira und anderer Währungen wie Real, Rand oder Rupie haben die Einfuhr von Investitionsgütern oder langlebigen Konsumgütern aus Deutschland verteuert. Mit entsprechenden negativen Konsequenzen für unseren Export.
- Und drittens führt die Unsicherheit rund um den bevorstehenden Brexit und die Frage, ob noch ein „Deal“ mit der EU gelingt, dazu, dass auch der Außenhandel mit Großbritannien schwächelt.

Im Ergebnis lagen die **Exporte** im ersten Halbjahr mit einem Minus von 3,3 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Dieser fehlende Rückenwind trifft unsere exportorientierte Saarwirtschaft stärker als die deutsche Wirtschaft im Ganzen, die in den ersten sechs Monaten immerhin ein Wachstum von 1,9 Prozent verzeichnete.

Darüber hinaus fielen hierzulande die vom privaten **Konsum** und den öffentlichen **Investitionen** ausgehenden Wachstumsbeiträge wieder einmal geringer aus als im Bund. Die Saarwirtschaft ist daher bis dato noch nicht einmal halb so stark gewachsen wie die Wirtschaft im Bundesdurchschnitt. Betrachtet man das ganze Jahr, rechnen wir deshalb nur noch mit einem Mini-Wachstum von 0,75 Prozent.

Erfreulich ist allerdings, dass sich die positive Entwicklung des saarländischen **Arbeitsmarkts** weiterhin fortsetzt. Die Arbeitslosenquote ist im September auf unter sechs Prozent gesunken. Die Kehrseite der Medaille ist allerdings der zunehmende

Fachkräftemangel, der es vielen Betrieben trotz unverändert hoher Ausbildungsbereitschaft erschwert, geeignete Mitarbeiter und Auszubildende zu finden.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Einigung der Koalitionsfraktionen in Berlin beim Thema **Zuwanderung**. Die beschlossenen Eckpunkte – ich nenne hier nur die Erleichterungen für Arbeitskräfte mit qualifizierter Berufsausbildung sowie die Möglichkeit der zeitlich befristeten Einreise zum Zwecke der Beschäftigungssuche – sind wichtige Meilensteine auf dem Weg zu mehr Fachkräften. Sie tragen dazu bei, Deutschland und das Saarland für Fachkräfte aus aller Welt attraktiver zu machen. Jetzt kommt es aber auch darauf an, zügig eine Anwerbestrategie für ausgewählte Zielländer zu entwickeln und die Sprachförderung im Ausland auszubauen.

Ich will an dieser Stelle darauf hinweisen, dass im Saarland aktuell rund 10.000 Stellen nicht besetzt werden können. Dies gilt insbesondere für die IT-Branche, die Gastronomie, das Verkehrsgewerbe und für weite Teile der Industrie. Die Folge: Die Kunden- und Auftragsakquise leidet, Aufträge können nicht abgearbeitet, Expansionsstrategien nicht oder nur verzögert umgesetzt werden. Der Fachkräftemangel droht damit, zur Wachstumsbremse an der Saar zu werden.

Hier sind alle gemeinsam gefordert, Lösungen zu entwickeln. Als IHK werden wir uns weiterhin nach Kräften auch auf diesem Gebiet engagieren – und ich bin mir sicher, auch der Wirtschaftsrat wird in seinem Engagement nicht nachlassen.

Im Einzelnen geht es darum, mehr Frauen und ältere Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt zu integrieren, Geringqualifizierte und Flüchtlinge aus- und weiterzubilden und die Abbrecherquoten in der dualen Ausbildung zu senken.

Gemeinsames, lösungsorientiertes Handeln ist auch das Stichwort für die nächste Baustelle. Die wirtschaftliche Entwicklung im Saarland ist wie bereits gesagt im hohen Maße von der Konjunktur im Ausland und d.h. insbesondere vom Wirtschaftswachstum in der EU abhängig. Ein blühendes **Europa** ist somit für uns von vitalem Interesse.

Ich zitiere dazu immer gerne einen Satz des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Er sagte: *„Europa ist unsere Geschichte, unsere Identität, unser Bezugspunkt. Es beschützt uns und es bietet uns eine Zukunft.“*

Recht hat er: Ohne Europa wären wir nicht, was wir sind. Europa ist unser Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Und es sichert unseren Platz in der Welt und sorgt für Wachstum. Gerade in der heutigen Zeit, in der die Vereinigten Staaten unter Trump unberechenbar geworden sind. Kurzum: Wenn es heißt „America first“, „Russia first“, „China first“, dann kann die Antwort nur lauten: „**Europe united!**“, wie Bundesaußenminister Heiko Maas kürzlich sagte. Denn nur ein einiges Europa kann ein starkes Europa sein. Das ist es, was wir brauchen!

Und deshalb ist auch zu hoffen, dass die Austrittsverhandlungen mit Großbritannien zu einem verträglichen Ergebnis für alle führen. Denn alles andere wäre schlecht – für die Briten, für Deutschland und nicht zuletzt auch für uns im Saarland.

Auf die Verhältnisse in **Italien** will ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen. Nur so viel: Eine weitere Euro-Krise können wir uns nicht leisten. Es bleibt also zu hoffen, dass die italienische Regierung bald wieder zur Vernunft kommt. Vielleicht hilft es ja, dass die Europäische Kommission in der letzten Woche den italienischen Haushalt zurückgewiesen hat.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Verwerfungen ist es daher ein positives Signal, dass die Bundesregierung den **Schulterschluss mit Frankreich** und den europäischen Partnern sucht. Damit setzt sie ein deutliches Zeichen für Kontinuität und Stabilität. Gerade Deutschland und Frankreich haben es in der Hand, die Europäische Union weiterzuentwickeln. Dies ist dringend nötig in Zeiten, in denen die multinationale Zusammenarbeit auf globaler Ebene zunehmend untergraben wird. Wir alle wissen, dass US-Präsident Trump auf bilaterale statt auf multilaterale Lösungen setzt. Das ist angesichts der inzwischen eng verflochtenen Weltwirtschaft ein Rückschritt.

Doch nicht nur die Welt und Europa, sondern auch **Deutschland** und das Saarland stehen vor großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Im Kern geht es dabei um die Frage, wie wir die Innovationskraft und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen langfristig sichern können. Gewiss, in vielen Bereichen sind wir Spitze. Das World Economic Forum hat Deutschland erst kürzlich Rang 1 bei der Innovationsfähigkeit attestiert. Doch auf diesen Erfolgen dürfen wir uns nicht ausruhen. Erst reicht deshalb

nicht, weil der Innovationsdruck angesichts voller Auftragsbücher derzeit etwas nachlässt. Im Gegenteil: Wir müssen die Gunst der Stunde nutzen, um in der Pole-Position zu bleiben oder um sie dort wieder zurückzugewinnen, wo wir sie verloren haben. Was also ist zu tun?

Das Wichtigste ist aus meiner Sicht: Die Wirtschaft braucht **gute Rahmenbedingungen**. Dies betrifft vor allem das Thema Bürokratie und Steuern. Beides schränkt die Entfaltungsmöglichkeiten der Unternehmen zu sehr ein. Davon hat niemand etwas.

Auf die **Bürokratielast**, die unternehmerisches Handeln lähmt, will ich hier gar nicht eingehen. Mein Augenmerk gilt speziell der **Steuerpolitik**. Was die Bundesregierung auf diesem Gebiet beabsichtigt, ist viel zu wenig. Erst recht nicht, wenn man bedenkt, dass wichtige Wettbewerber wie die USA, Großbritannien und Frankreich ihre Unternehmenssteuern senken.

Auch hierzulande wäre eine **Absenkung des Steuerniveaus** richtig und wichtig. Gut fünf Prozentpunkte sollten es bei der Körperschaftssteuer sein, um die steuerliche Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu stärken. Bei der Einkommenssteuer sollte der Tarifverlauf nach rechts verschoben und die kalte Progression abgebaut werden. Insbesondere der Mittelstand, dessen Belastung inzwischen Spitzenwerte erreicht, würde hiervon profitieren. Dies wäre gut für die Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen und deren Investitionskraft. Wenn wir die Digitalisierung der Wirtschaft wollen, dann müssen wir den Unternehmen auch die Mittel dazu geben – und am besten die, die sie selbst erwirtschaftet haben.

Vor diesem Hintergrund ist es gut, dass Peter Altmaier sich nun auch für steuerliche Entlastungen der Unternehmen einsetzt. Die ins Spiel gebrachte vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags würde gerade vielen Personengesellschaften zugutekommen.

Auf die steigenden **Energie- und Energiewendekosten** will ich an dieser Stelle nur kurz eingehen. Nur so viel: Der Netzausbau ist nach wie vor die Achillesferse der Energiewende. Er hinkt deutlich hinter den Planungen hinterher. Vom bundesweit festgestellten Ausbaubedarf (7.700 km) sind bislang erst knapp 23 Prozent genehmigt und nur gut 12 Prozent realisiert. Die bereits heute bestehenden Netzengpässe auf Grund

fehlender Transportleitungen zwischen Nord- und Süddeutschland müssen durch teure notfallartige Eingriffe in das Stromnetz sowie die zeitweise Abschaltung von Windkraftanlagen kompensiert werden. Die Kosten dafür tragen die Verbraucher – im vergangenen Jahr insgesamt 1,4 Milliarden Euro. Statt weiterer Verschiebebahnhöfe erwarten wir von der Politik dafür jetzt rasch eine wirksame Begrenzung der Energiewendekosten und eine Reduzierung der Strompreisbelastungen für die Unternehmen. Ein gangbarer Weg dafür wäre aus meiner Sicht die Finanzierung eines großen Teils der EEG-Umlage aus dem Bundeshaushalt, schließlich nimmt der Bund jährlich rund sieben Milliarden Euro über die Stromsteuer ein.

Mehr Tempo brauchen wir auch bei der **digitalen Agenda**: Denn die Digitalisierung der Wirtschaft setzt nicht nur Geld in den Betrieben voraus, sondern auch die flächendeckende Verfügbarkeit von schnellem Internet. Der angekündigte flächendeckende Ausbau mit **Gigabit-Netzen** bis 2025 ist daher ein wichtiger Schritt, um im Wettbewerb der Standorte den Anschluss nicht zu verpassen.

Meine Damen und Herren,
nun **zum Saarland**. Hier gilt es zunächst, die Realitäten anzuerkennen. Und das heißt zuallererst festzuhalten, dass wir trotz des ausgeglichenen Haushalts 2017/2020 weiterhin ein Haushaltsnotlageland sind. Ab 2020 gibt es zwar zusätzliche Mittel durch die Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Doch auch damit wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Umso wichtiger ist es, diese Mittel so einzusetzen, dass sie die größtmögliche Wirkung erzielen.

Aus unserer Sicht heißt das, die zusätzlichen Gelder vorrangig zur **Stärkung der Wirtschaftskraft** einzusetzen. Die Weichen dazu sollten schon jetzt gestellt werden: Durch eine umfassende Bestandsaufnahme des Sanierungsbedarfs im Land. Auf dieser Basis lassen sich dann Leitinvestitionen definieren, die ab 2020 umzusetzen sind.

Hierzu zählen etwa die Aufwertung des **Messe- und Kongressstandortes** Saarbrücken und eine **internationale Schule** für die Kinder der 600 bis 800 Wissenschaftler, die im Zuge des Ausbaus des Helmholtz-Zentrums ins Saarland kommen werden. Wer mit offenen Augen im Land unterwegs ist, weiß aus eigener Anschauung, wie nötig Investitionen im Bildungs- und Verkehrsbereich sind.

Zum neuen **Helmholtz-Zentrum für IT-Sicherheit** will ich nur kurz anmerken, dass es für das Saarland eine Riesenchance ist. Die IHK hat die regionalwirtschaftlichen Effekte des Instituts mal näher unter die Lupe genommen. Unter Zugrundelegung der Gesamtausgaben des Zentrums sowie zusätzlicher Studierender und multiplikativer Effekte kommen wir zu Einkommenseffekten in Höhe von 78 Millionen Euro für das Jahr 2026. Berücksichtigt man, dass das Land fünf Millionen Euro zur Grundfinanzierung beiträgt, dann erzeugt jeder vom Land investierte Euro saarlandweit eine 16-mal so hohe wirksame Nachfrage. Eine beachtliche Hebelwirkung. Und dabei sind die Effekte durch Ausgründungen und Ansiedlungen im Umfeld des Instituts noch nicht einmal berücksichtigt.

Dass das CISPA Helmholtz-Zentrum zu einem Erfolg wird, setzt allerdings voraus, dass kräftig in die Attraktivität des Standortes investiert wird. Neben der bereits erwähnten internationalen Schule brauchen wir u.a. auch mehr attraktiven Wohnraum. Durch diese Investitionen gewinnt das Land dann nicht nur für ITler an Attraktivität, sondern auch für Unternehmen und Fachkräfte anderer Branchen. Das Helmholtz-Zentrum hat somit das Potenzial, den Strukturwandel im Saarland massiv und auf breiter Front voranzutreiben.

Die Freude über das Helmholtz-Zentrum darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Land auch bei den **Standortkosten** wettbewerbsfähiger werden muss. Sie liegen im Saarland teils deutlich über dem Bundesschnitt. Zu nennen sind hier die Gewerbesteuer, die Grunderwerbsteuer, die Umweltgebühren und der Wassercent.

Was wir deshalb möglichst rasch brauchen, ist ein **Standortaufwertungsprogramm**, das die hohen Standortkosten angeht. Denn unternehmerische Investitionen müssen sich im Saarland mindestens ebenso gut rechnen wie in anderen Regionen. Wenn wir dies nicht hinbekommen, verlieren wir Wirtschaftskraft und Zukunftschancen.

Gefordert sind hier in erster Line die Landesregierung und die Kommunen. Denn die anstehenden Herausforderungen können nur gemeinsam von beiden Ebenen bewältigt werden.

Land und Kommunen sind im Übrigen auch gefordert, wenn es um die Bereitstellung von **Gewerbe- und Industrieflächen** geht. Der Masterplan der Landesregierung ist zwar ein Erfolg – wie nicht zuletzt die Ansiedlung des Küchenherstellers Nobilia auf dem Lisdorfer Berg verdeutlicht. Nun zeigt sich aber auch in aller Deutlichkeit, dass insbesondere große, zusammenhängende Industrieflächen im Saarland fehlen. Wir begrüßen daher die aktuellen Aktivitäten der Landesregierung, den Masterplan Industrieflächen fortzuschreiben und damit die Grundlage für weitere Industrieansiedlungen zu schaffen. Dass das Industriegebiet Lisdorfer Berg nun erweitert werden soll, ist vor diesem Hintergrund zu begrüßen. Damit Industrie und Logistik aber gedeihen können, braucht es mehr **Akzeptanz** in der Bevölkerung werben. Hierfür müssen wir gemeinsam noch stärker als bisher werben.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss noch auf ein Thema eingehen, das mir besonders am Herzen liegt: Die Verbesserung des Wissens- und Technologietransfers aus unseren Hochschulen und Forschungsinstituten in die Wirtschaft. Derzeit sind die Unternehmen nur unzureichend informiert, was an unseren Hochschulen an nützlichem Wissen für sie vorhanden ist. Um dieses Manko zu beheben, wäre es wünschenswert, wenn wir im Land eine **gemeinsame Kooperationsplattform von HTW, Uni und Forschungsinstituten** ins Leben rufen könnten. Sie schafft Transparenz und erleichtert und beschleunigt den Wissenstransfer. Eine solche Plattform müsste natürlich breit vermarktet werden, damit die Unternehmen wissen an wen sie sich mit welchen Problemen wenden können. Ich bin überzeugt davon, dass es uns mit einer solchen Plattform gelingen kann, mehr Forschungs-PS auf unsere Straßen zu bringen.

Meine Damen und Herren,

Sie sehen, es ist und bleibt vieles zu tun. Wir haben gewaltige Aufgaben zu bewältigen – in Europa, in Deutschland und bei uns im Saarland. Doch ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingt – auch deshalb, weil wir engagierte Unternehmer wie Sie haben, die sich tatkräftig einbringen und den Wandel gestalten.